

# Nehmt es von den Kindern

Die Zukunft der Schulsozialarbeit in Bielefeld stand lange auf der Kippe. Jetzt wird sie doch finanziert. Das finden viele gut und fragen lieber nicht, woher das Geld kommt. Von Ulrich Zucht

»Das ist ein guter Tag für Bielefeld«, jubilierte der Bielefelder SPD-Landtagsabgeordnete Günter Garbrecht vor einem halben Jahr. Grund für diese Freude: Die Schulsozialarbeit in Bielefeld und anderen Kommunen NRWs wird bis ins Jahr 2017 fortgeführt. »Schulsozialarbeit trägt (...) dazu bei, individuelle und gesellschaftliche Benachteiligungen durch besondere sozialpädagogische Maßnahmen auszugleichen«, erklärt Garbrecht und ergänzt, die Landesregierung stehe zu ihrem Prinzip »Kein Kind zurücklassen!«.

Ob die Schulsozialarbeit fortgeführt wird, stand lange in Frage. Bis Ende 2014 hatte der Bund die Kosten als Teil des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) übernommen, das es Kindern aus Familien mit geringem Einkommen ermöglichen sollte, bei Ausflügen und Ferienfreizeiten mitzufahren, Sport- und Musikangebote zu nutzen, am Mittagessen in der Schule oder im Kindergarten teilzunehmen oder Nachhilfe zu nehmen.

## Woher nehmen, wenn nicht stehlen?

Als die Finanzierung auslief, schoben sich Bund, Land und Kommunen gegenseitig die Verantwortung zu, wer die Kosten zukünftig übernimmt – bis schließlich die rot-grüne Landesregierung eine Förderung für die kommenden drei Jahre in Höhe von jährlich 48 Millionen Euro zusagte. Das reicht aber nicht. Das fehlende Geld müssen die Kommunen nun selbst aufbringen. In Bielefeld



FOTO: VEIT METTE

Das Ideal: Arbeit mit Kindern. Dabei müssen Schulsozialarbeiter Eltern oft zeigen, wie sie komplizierte Anträge stellen.

sind das bis zum Jahr 2017 über zwei Millionen Euro.

Da erinnerten sich Verwaltung und Politik an die nicht ausgezahlten BuT-Restmittel aus den Vorjahren. Dass überhaupt Mittel nicht beansprucht wurden, liegt nicht zuletzt am diskriminierenden und bürokratischen Antragsverfahren. »Das Bildungs- und

Teilhabepaket ist völlig vermurkt und nicht zu reparieren. Es wird entsprechend auch nur unzureichend abgerufen«, erklärte jüngst der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Ulrich Schneider. »Die Wege sind zu bürokratisch, die 10-Euro-Gutscheine im Monat für den Sportverein oder die Musik-

schule geradezu beschämend niedrig.« Die Gewährung der Hilfe ist oft von der Kulanz der Sachbearbeiter vor Ort abhängig – so wird Soziales Recht wieder zur bittstellenden Fürsorge, die nicht mehr auf gesichertem Rechtsanspruch beruht. Der Verband fordert deshalb die Abschaffung des Bildungs- und Teilhabepakets und stattdessen einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Teilhabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz.

Bei diesem Verfahren wundert es nicht, dass Mittel übrig blieben. Und weil die Bundesregierung nicht vorgegeben hat, wie diese Restgelder zu verwenden sind, kann es jetzt in der Verwaltungsvorlage für die Fortführung der Schulsozialarbeit heißen: »Dem Haushalt der Stadt Bielefeld entsteht keine zusätzliche Belastung, da die Restmittel BuT-Schulsozialarbeit bereits zur Projektfinanzierung an die REGE mbH transferiert wurden und – die sich in der Rücklage im Sozialamt befindlichen Mittel – bereits im Jahr 2011 zugeflossen sind.«

Ulrike Gieselmann von der Sozialberatungsstelle Widerspruch e.V. ärgert, wie das Geld umgewidmet wird. Sie hatte schon vor drei Jahren in einem Offenen Brief an den Sozialdezernenten der Stadt gefordert, »jedem der 17.775 berechtigten Kinder einen einmaligen Beitrag von 125 Euro direkt und unbürokratisch auszahlend.« Stattdessen beraten jetzt Schulsozialarbeiter Eltern, wie sie die komplizierten BuT-Anträge stellen können.